

Riesener Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Beobachtung: Tageblatt Riesa.

Heft 20.

Das Riesener Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Kreishauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Staatsanwaltschaft beim Amtsgerichte und der
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamtes Riesa und des Finanzamtes Meißen.

Postleitzettel: Dresden 155
Gesetze Riesa Nr. 52.

Nr. 27.

Freitag, 1. Februar 1924, abends.

77. Jahrg.

Tageszeitung für den Ball des Eintritts von Produktionsversteigerungen, Erhöhung der Löhne und Materialien belasten wir uns das Recht der Preissteigerung und Nachforderung vor. Ausgaben für die Räume des Ausgabekontors sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im Voraus zu bezahlen; eine Währung für das Erreichen an bestimmten Tagen und Städten wird nicht übernommen. Grundpreis für die 20 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 20 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige. Zeitraubende und tabellarische Sätze 50% Aufschlag. Beste Tafel, Gewicht an der Elbe. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Förderungsbehörden — hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Notationsdruck und Verlag: Vanger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Neue Waffen im Westen.

Wer der Ansicht war, daß die Arbeit der Sachverständigenkommission eine Art Waffenstillstand in dem Kampfe zwischen Frankreich und Deutschland um Erhaltung des Rhein- und Ruhrgebiets bedeute, hat das Weinen der französischen Politik verkannt. Poincaré und seine eroberungslustige Generalität haben noch nie über die anstehenden Bauten des Kampfes, die Verhandlungen und Konferenzen, zu neuen Angriffen gegen die Sicherheit deutschen Gebietes bestanden. Während der letzten Londoner und Pariser Konferenzen ist der Einbruch ins Ruhrgebiet vorbereitet worden. Nun heute macht Frankreich in demselben Augenblick, da die internationalen Kommissionen den Haushalt des Reiches prüfen und sanieren sollen, den Haubtkrisis auf die neue deutsche Währung, die Rentenmark. Wie seinerzeit in der Gimone der Vermaltung der Rentenbank aus dem Kabinett richtig bemerkt wurde, bedeutet die Weiterverteilung der Belastungskosten die schwerste Erhöhung der Rentenmark. Poincaré stellt Deutschland vor eine verschwiegene Wahl. Bezahlst es die Belastungskosten, insbesondere die unermittelbar hohen Quartier- und Verpflegungskosten weiter, so kommt seine Währung in Gefahr oder es muß zu Steuerentziehungen führen, die das ertragreiche Wachstum unterbrechen und Handel und Gewerbe auf ernsthafteste gefährden. Bezahlst es die Belastungskosten nicht, so treibt es die Rhein- und Ruhrbevölkerung in die Arme Frankreichs, da die ohnedies bis ins unglaublichste ausgesetzte Bevölkerung die Quartier- und Verpflegungskosten nicht aus Eigem zu tragen vermöge. Poincaré legt das wehrlose Deutschland unter die Füterschrauben eines durchsetzbaren Entwurfs. Aus dem es nur ein Entrinnen gibt: durch ungewöhnliche Steuererleichterung den Zeitpunkt der Entscheidung zu verschiedenen und zu kosten, daß wenigstens in einigen Wochen England und Amerika Frankreich zwingen, seine Erfordernisse einzustellen. Vorerst verabschiedet Poincaré die Holter von Tag zu Tag. Das Belastungsschreie und die Belastungsbefürchtungen sind nicht, wie seinerzeit in der französischen Presse versprochen worden war, nach Ausgabe des passiven Widerstandes vermindert, sondern konträr erhöht worden. Und immer neue Befehle der französischen Militärbefehlungen an die Gemeinden um Überlassung von Land oder Gebäuden belegen deutlich, daß Frankreich auch in Zukunft nicht daran denkt, auf die Röt der Bevölkerung irgendwelche Rücksicht zu nehmen, sondern fest entschlossen ist, sich für unablässbare Zeit in Rheinland und Ruhrkreis häuslich einzurichten. In Rhein und Ruhr bauen jetzt annähernd 200.000 Mann französisch-deutsche Truppen mit ihrem Anhang. Auch die Regierungen werden seit täglich vermehrten und lassen ihren Anhang in immer größerer Zahl aus Frankreich nachkommen. Auf die Dauer könnte gegenüber diesen höchst ins Unermehlste steigenden Kosten keine Opferfähigkeit eines Volkes aufkommen. Für den Augenblick aber muß, immer mit der Hoffnung, daß die Hilfe Englands und Amerikas eine Rendierung hoffen, der Verlust gemacht werden, den Ansprüchen der Franzosen entgegen zu kommen und so der Wahl zwischen Währungsvernichtung und Preisgabe des Rheinlandes auszuweichen. Aus diesem Grunde hat der Preußische Landtag am Mittwoch der Grundstein trotz erheblicher und rechtlicher Bedenken zugeschlagen, da das Verbarren in der Opposition eine schwere Schädigung, ja Gefährdung nicht nur Preußens, sondern des Reiches bedeutet hätte.

Der Mac Nenna-Ausschuss beim Reichskanzler.

Berlin. Ebenso wie gestern der erste Ausschuss der Sachverständigen, wurde gestern abend um 6 Uhr der zweite Ausschuss unter Führung des ehemaligen Schatzkanzlers Mac Nenna vom Reichskanzler Dr. Marx empfangen.

Der Reichskanzler begrüßte die Herren durch folgende Ansprache:

Meine Herren!

Namens der Reichsregierung verabschiede ich mich Sie zu begrüßen. Die Reparationskommission hat durch Ihren Beschluss vom 30. November Ihnen die schwierige Aufgabe zu gewiesen, zu ermitteln, wie die deutschen Kapitäne im Auslande ihrer Höhe nach abgeschafft und ihre Rückübertragung nach Deutschland veranlaßt werden kann. Die deutsche Regierung hat ein besonderes Interesse daran, daß in dieser Frage, die seit Jahren den Streit der Meisten der ganzen Welt bildet, von so hochverständiger Seite Feststellungen getroffen werden. Die deutsche Regierung erkennt deshalb dankbar an, daß Sie, meine Herren, persönlich hierher gekommen sind, um im Benehmen mit den deutschen amtlichen Stellen und den deutschen Wirtschaftsstellen die Ihnen zugewiesene Aufgabe zu erledigen. Seitens der deutschen Regierungsstellen wird alles geschehen, um Ihnen Ihre Aufgabe zu erleichtern, und Ihre Fragen werden mit voller Offenheit und Geschleunigung beantwortet werden.

Der Vorsitzende des Komitees, Herr Mac Nenna, erwiderte hierauf wie folgt:

„Herr Reichskanzler!

Namens des Ausschusses sowie im eigenen Namen dankt Ihnen für das Willkommen, das Sie uns entboten haben, und für die Sicherung, daß und von Seiten Ihrer Regierung bei der Durchführung unserer Aufgaben alle notwendige Unterstützung zuteil werden soll. Wir hoffen aufrichtig, daß es uns mit Ihrer Hilfe gelingen wird, unsere Untersuchung mit tüchtiger Geschleunigung erfolgreich durchzuführen.“

Die Tätigkeit der Sachverständigen.

Berlin. Gestern vormittag hielten die beiden Unterstaatsräte der ersten Kommission Sitzungen ab. Der eine Unterausschuß hat über Währungsfragen, der andere über das Budget auf Grund der Mitteilungen der deutschen Regierung beraten. Gestern nachmittag 3 Uhr fand eine Vollsitzung der Sachverständigenkommission statt, in der die Unterausschüsse und Unterkommissionen Bericht über ihre Untersuchungen und Arbeiten liefern. Die zweite Kommission unter dem Vorst. Mac Nenna trat zu einer Sitzung zusammen, bei der auch Staatssekretär Bergmann und Wallermann von der Deutschen Bank anwesend waren. Die aktiveren Sachverständigen haben eingehende Diskussionen mit der Deutschen Bank genommen, um die Frage der Kapitalflucht an diesem Beispiel zu untersuchen. In maßgebender Weise der Sachverständigenkommission ist man der Ansicht, daß die Fülle der Arbeiten die Kommission den Februar über in Berlin festhalten werde.

Die Sachverständigen verlangen Freigabe der Muhrennahmen.

Brüssel. Der „Libre échange“ schreibt: Wir sind in der Lage, folgendes zu erklären: Die Aufrechterhaltung der Muhrenahmen ist zu einer brandenburger Frage geworden, nicht wegen des Regierungsmehrwerts in London, sondern auch wegen des Sachverständigenausschusses Dawes. Die Mitglieder dieses Ausschusses, deren Aufgabe es ist, das deutsche Budget auszugleichen und die deutsche Währung zu stabilisieren, sind dahin übereingekommen, daß ihre Arbeit unfehlbar bleiben müßte, wenn sie nicht die Einkünfte aus dem Ruhrgebiet zu erhöhen; mit anderen Worten, die Sachverständigen verlangen, daß die Einnahmen der Eisenbahnen und anderer öffentlicher Dienste im Ruhrgebiet, die die Staaten und Bevölkerung beauftragt haben, wieder in die Aktien des deutschen Budgets übergeführt würden. Es ist gewiß unmöglich, einem derartigen Verlangen der Sachverständigen Folge zu geben, ohne die Bevölkerung der Bevölkerung ins Auge zu fassen. Aus diesen Gründen haben die letzten Verhandlungen, die in Paris am Sonntag gewlossen worden sind, eine ganz besondere Bedeutung.

Die Ereignisse der nächsten Woche. Reparationskonferenz im März?

Reparationskonferenz im März?

Paris. Im Auftrug am den Brief Macdonalds behauptet der „Newport Herald“ zu wissen, daß die diplomatischen Ereignisse der nächsten Woche sich in nachstehender Reihefolge abspielen werden: 1. Die Sachverständigen werden die Reparationskommission einen Bericht unterbreiten. Diese wird die Antwort der beteiligten Mächte dazu erüben und hierauf über Annahme oder Ablehnung des Berichtes beschließen. 2. Ende März werden die interalliierten Premierminister zu einer Konferenz zusammentreten, die den letzten Bericht zur Verhinderung einer Verstärkung darstellt. Die Vereinbarung werde sowohl an die Vereinigten Staaten, wie auch an Deutschland ergehen, um eine Regelung der Gegenfrage so schnell wie möglich vorzutragen. Es sollen, so behauptet der „Newport Herald“, sofort nach Wiedereröffnung des englischen Parlamentes am 11. Februar Vorberatungen zwischen den alliierten Kanzleien stattfinden. 3. Macdonald bedauert, kurz vor dem Zusammentreffen der Premierminister, oder auch gleichzeitig eine internationale Versammlung zur Behandlung der interalliierten Schulden einzuberufen. Diese Schulden sollen entweder gestrichen oder doch in beträchtlichem Maße herabgesetzt werden. In den englischen Kreisen gibt man der Erwartung Ausdruck, daß die Vereinigten Staaten stets an der Lösung des Schuldenproblems mitwirken werden. 4. Sobald eine allgemeine Lösung zu Stande gekommen ist, müßte Deutschland in den Völkerbund aufgenommen werden, unter der Voraussetzung, daß es seine Verpflichtungen wahrnimmt.

Für holdige Errichtung der Goldnotenbank.

In der letzten Centralausstellung der Reichsbank sprach der Reichsbankpräsident Dr. Schacht die Ansicht aus, daß der Goldbank im Interesse des Deutschen Reichs gebaut als möglich errichtet werden müsse, und daß die Gründung der Goldnotenbank nicht abhängig gemacht werden könne von einer späteren Klärung des Reparationsproblems. Der Reichsbankpräsident deutete sich die Errichtung der deutschen Goldnotenbank nach Art der Hamburger Goldnotenbank von 1923, und zwar in der Weise, daß sie in unmittelbarem Zusammenhang mit der Reichsbank stehen müsse, der Reichsbank eventuell angegliedert wäre, im übrigen aber eine selbständige juristische Person darstellen hätte. Die absolutistische Errichtung einer Goldnotenbank sei schon bald brennend notwendig, weil die der deutschen Wirtschaft von der Rentenbank gewährten Kredite in kurzer Zeit aufgebraucht sein werden und in keiner Weise aufzutreiben, um die Krise des Kreditbedürfnisses der deutschen Wirtschaft ausreichend zu lösen.

Dr. Luther über die dritte Steuernotverordnung.

Berlin. Reichsfinanzminister Dr. Luther äußerte sich gestern vor Pressevertretern über die dritte Steuernotverordnung. Er erklärte, sie sei dazu bestimmt, ein Loch von 600 Millionen Goldmark aufzufüllen. Sie habe schleunigst erlassen werden müssen, da der gesamte Kreditvorrat des Reiches knapp. Die Auf-

wertung habe wie ein Dominoeffekt über allen Verhandlungen gehängt. Die 2 Prozent bezw. die 12 Prozent, die sich aus den Obligationen ergeben und teilweise schon am 1. März zu liefern beginnen, seien geradezu unerlässlich für die Balancierung des Haushalts. Vor allen Dingen habe aber auch bei der Regelung des Finanzausgleichs zwischen Reich und Ländern ein Ersatz für die bisher ausschließlich vom Reich gezahlten Gehälter geschaffen werden müssen. Die Erfassung der aufgeworfenen Betriebe gedenke man bis über die nächste Frühjahrssitzung hinauszuschieben. Sodann habe die Kommission aufzufertigen, ob die 1. Aufl. 2 eine Aufwertung nicht mehr in Frage. Ausgeschlossen seien ferner Hypotheken mit Entwertungsfaktor und solche, die bereits durch gerichtliches Urteil erledigt sind. Besonders unübersichtlich wäre die Lage bei den Hypothekenbanken, da man noch nicht weiß, wie viel sie durch die Aufwertung wieder hereinholen können. Als Schutz gegen die Spekulation sollen nur beschränkte Hypothekensätze, die 1.11 dem 1. Januar 1919 ihre Gültigkeit haben, aufgestellt werden. Die 1. Aufl. 2 einer Steuernotverordnung, die die Belebung des Baumarktes durch den Goldwertvergleich ausgleichen soll, den Gemeinden Gelegenheit gegeben werden, sicher zu gehen. Daum wurden sie aus eigenem Interesse auch die Baumaßnahmen in ihrem Gebiet fördern. Bei Häusern, die mit zusätzlichen öffentlichen Fördermaßnahmen gebaut werden, sollen bis zu 40 Prozent der gegebenen Zuschüsse erzielt werden. Das Reich soll davon zweit- und leichtesten Hypotheken geben, um auch auf diese Weise zum Bau zu antreten.

Centrum und beide Steuernotverordnungen.

Berlin. Die Centrumfraktion des Reichstages hält vorgestern eine Sitzung ab, die mit einer kurzen Unterbrechung von 11 Uhr morgens bis in die späten Abendstunden dauerte. Im Mittelpunkt der Ausführungen stand die dritte Steuernotverordnung. Die Aussprachen, an der sich der Reichskanzler, die Minister Staats und Kultus und andere öffentliche Dienste im Ruhrgebiet, die die Staaten und Bevölkerung beauftragt haben, wieder in die Aktien des deutschen Budgets überführt würden. Es ist gewiß unmöglich, einem derartigen Verlangen der Sachverständigen Folge zu geben, ohne die Bevölkerung der Bevölkerung ins Auge zu fassen. Aus diesen Gründen haben die letzten Verhandlungen, die in Paris am Sonntag gewlossen worden sind, eine ganz besondere Bedeutung.

Die Regie verlangt täglich 4000 offene Wagen.

Die Regie verlangt für die nächsten Tage die Übergabe von täglich 4000 offenen Wagen mit der Erklärung, daß beim Ausbleiben dieser Wagen schwere Folgen für die Wirtschaft entstehen würden. Wie wir von unrichtiger Seite hören, kann die Reichsbahn ohne ernsthafte Schädigung der Interessen des unbefahrenen Gebietes diese Wagen unmöglich abgeben. Es ist nicht durchführbar, daß immer rezent Verwaggonmaterial in das Ruhrgebiet hineingebracht wird, während die Regie völlig außerstande ist, die Tausende von beladenen Wagen, die bereits im Ruhrgebiet stehen, zu bewegen. Die Sache an den schweren Folgen für das Wirtschaftsleben fällt der Regie zur Last, die ihre Aufgabe, wie sich immer mehr zeigt, in seiner Weise gewachsen ist.

Feierlichkeiten wegen Wagenmangel im Ruhrbergbau.

Wegen Wagenmangel konnten die Belegschaften auf folgenden Tagen nicht einfahren: am 29. und 30. Januar auf Grub Heult (Morgenröthe), am 30. Januar auf Johann-Diemelsberg (Steinweiler). Auf der Zeche Zollverein mührten am 30. Januar auf allen Schachtanlagen um 10 Uhr die Belegschaften anzuhalten. Am 30. Januar nachmittag und am 31. Januar vormittag mußte wiederum auf allen Schachtanlagen gefeiert werden.

Bezugspreisabbau: Dezember 1923 4.20 M. Februar 1924 2.65 M.

Der Bezugspreis für das „Riesener Tageblatt“ auf Monat Februar 1924 beträgt

zwei Mark 65 Pf.

einschließlich Bringerlohn frei Haus.

Es ist anzunehmen, daß der heutige Bezugspreis viele unserer Leser bestimmen wird, sich nunmehr von dem mit mancherlei unbehagten Nachteilen verbunden gewordenen Zusammenleben zurückzuziehen und sich wieder dem alleinigen Besitz des „Riesener Tageblatts“ anzugeben.

Verhältnisse werden jederzeit von allen Zeitungen und zur Vermittlung an diese auch in der Zeitungsgeschäftsstelle, Goethestr. 10 (Bremserstr. 10) entgegengenommen.

Verlag des „Riesener Tageblattes“.